

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 18. Juni 1954

Blatt 1052

"Wiener Probleme"

=====

Bgm. Jonas spricht jeden zweiten Sonntag im Sender Rot-Weiß-Rot

18. Juni (RK) Der Sender Rot-Weiß-Rot hat Bürgermeister Jonas eingeladen, in einer neuen Sendereihe über "Wiener Probleme" zu sprechen. Die erste Sendung ist am Sonntag, dem 20. Juni, von 19.45 bis 20 Uhr. Bürgermeister Jonas ist an jedem zweiten Sonntag um die gleiche Zeit zu hören.

Die Verteilung der Wiener Gemeinderatsmandate

=====

18. Juni (RK) Die Wiener Landesregierung hat sich in ihrer letzten Sitzung bekanntlich eingehend mit der Situation beschäftigt, die nach der Genehmigung des Gebietsänderungsgesetzes durch den Alliierten Rat entstanden ist. Bei dieser Gelegenheit teilte Stadtrat Afritsch auch mit, wie sich nach der Umgruppierung die 100 Wiener Gemeinderatsmandate, bei Zugrundelegung der Bürgerzahlen der Volkszählung 1951, auf die 23 neuen Gemeindebezirke verteilen würden: 1. Bezirk: 2 Mandate, 2. Bezirk: 7 Mandate, 3. Bezirk: 7 Mandate, 4. Bezirk: 3 Mandate, 5. Bezirk: 4 Mandate, 6. Bezirk: 3 Mandate, 7. Bezirk: 3 Mandate, 8. Bezirk: 2 Mandate, 9. Bezirk: 5 Mandate, 10. Bezirk: 8 Mandate, 11. Bezirk: 2 Mandate, 12. Bezirk: 5 Mandate, 13. Bezirk: 3 Mandate, 14. Bezirk: 5 Mandate, 15. Bezirk: 7 Mandate, 16. Bezirk: 8 Mandate, 17. Bezirk: 4 Mandate, 18. Bezirk: 4 Mandate, 19. Bezirk: 3 Mandate, 20. Bezirk: 5 Mandate, 21. Bezirk: 4 Mandate, 22. Bezirk: 3 Mandate und 23. Bezirk: 3 Mandate.

PRESSEDIENTST

BEILAGE ZUR RATHAUS-KORRESPONDENZ

Das Programm für Sonntag, 20. Juni
=====Theater:

- Staatsoper im Theater an der Wien: Ludwig van Beethoven:
"Fidelio".
- Staatsoper in der Volksoper: Franz Lehár:
"Der Graf von Luxemburg".
- Burgtheater (im Ronachergebäude): Bernard Shaw:
"Der Kaiser von Amerika".
- Akademietheater: Lessing: "Minna von Barnhelm".
- Volkstheater: Aristophanes: "Lysistrata".

Musik:

- 8.00 Uhr, Karlskirche: Franz Schubert: Messe in B.
Chor der Kirche St. Karl, Mitglieder der Wiener
Symphoniker, Dr. Hans Haselböck (Orgel), Leitung:
Dr. Rupert Corazza.
- 10.00 Uhr, Franziskanerkirche:
Johann Nepomuk David: Missa choralis.
Akademie-Kirchenchor, Musiker der Staatstheater,
Leitung: Prof. Dr. Hans Gillesberger und Prof. Dr.
Franz Kosch.
- 10.30 Uhr, Konzerthaus (Großer Saal):
Festliches Singen der Kindersingschule der Stadt
Wien. Wiener Symphoniker, Dirigent: Prof. Franz
Burkhart.
- 21.00 Uhr, Rathausplatz:
Festveranstaltung zum Abschluß der Wiener Festwochen
1954. Wiener Symphoniker, Dirigent: Eduard Strauß.

Sport:

- Olympische Festwochen 1954. 14. bis 27. Juni, im 3. Jahr der
XV. Olympiade n.Z.
Eröffnungsfeier auf dem Freudenauer Poloplatz.
Internationales Reit- und Springturnier.
Jugend-Basketballturnier (Entscheidung).
Jugend-Hockeyturnier (Entscheidung).
Jugend-Ringerwettbewerbe (Entscheidung).
Jugend-Stemmerwettbewerbe (Entscheidung).
Jugend-Regatten der Paddler und Ruderer in Wien-
Kuchelau.
Segelsport: 10.00 und 15.00 Uhr: Obere Alte Donau,
Landesmeisterschaft von Wien.

PRESSEDIENST

BEILAGE ZUR RATHAUS-KORRESPONDENZ

Sonstige Veranstaltungen:

Tag der Blumen.

Bezirksveranstaltungen:2. Bezirk:

Ausstellung: Leopoldstadt im Aufbau, Bauherr "Stadt Wien".
Festsaal des Amtshauses, 2, Karmelitergasse 9.

3. Bezirk:

9.00 bis 12.00 Uhr, Landstraßer Heimatmuseum, 3, Rochusgasse 16:
Sonderschau: Landstraßer bildende Künstler. (Vortrag
eines schaffenden Landstraßer Künstlers.) Eintritt
frei.

6. Bezirk:

"Mariahilfer Künstler" und "Franz Lehár-Gedächtnis-Ausstellung".
Mariahilfer Heimatmuseum, 6, Gumpendorfer Straße 4.
Besuchszeiten: Di, Do und Sa 9.00 bis 18.00 Uhr, Sonn-
und Feiertag 9.00 bis 13.00 Uhr.

8. Bezirk:

Josefstädter Heimatmuseum, 8, Schlesingerplatz 4. Besuchszeiten:
täglich 9.00 bis 16.00 Uhr, Sonn- und Feiertag 9.00
bis 12.00 Uhr.

10. Bezirk:

Ausstellungen: "Favoriten gestern, heute, morgen" und "Die Kunst
des Schauens" (Photoschau unter Mitwirkung und Ge-
staltung der Photogruppe der Naturfreunde Favoritens).
Festsaal der Bezirksvertretung, 10, Gudrunstraße 128.
Besuchszeiten: an Werktagen von 9.00 bis 18.00 Uhr,
an Sonn- und Feiertagen von 9.00 bis 12.00 Uhr.

10.00 Uhr, 10, Reumannplatz, vor dem Amalienbad: "Tag der Blu-
men". Platzmusik des Orchesters der Wiener Verkehrs-
betriebe, Bahnhof Favoriten. Leitung: Kapellmeister
Josef Röhrazky.

12. Bezirk:

Sonderausstellung ausgewählter Werke der Maler, Bildhauer und
Graphiker von Meidling. Meidlinger Heimatmuseum, 12,
Nymphengasse 7/II.

13. Bezirk:

Hietzinger Heimatmuseum. Amtshaus, 13, Hietzinger Kai 1. Füh-
rungen: Amtsrat Muck, Hauptschullehrer Ott, Prof.
Schaffran. Besuchszeiten: Montag bis Samstag von
9.00 bis 16.00 Uhr, Sonn- und Feiertag von 9.00 bis
12.00 Uhr. Eintritt frei.

14. Bezirk:

Ausstellung der bildenden Künstler des 14. Bezirkes. Festsaal des Amtshauses Hietzing, 13, Hietzinger Kai 1.
Besuchszeiten: täglich von 9.00 bis 18.00 Uhr.

19. Bezirk:

Kunstaussstellung "Döblinger Künstler" sowie Photoschau "Mannigfaltiges Döbling" und Sammlung "Schöpferische Menschen Döblings". Eintritt frei. Gr.Saal d. Bezirksvorsteherung, 19, Gatterburggasse 14.

20. Bezirk:

Kunstaussstellung der Maler im 20. Bezirk. (Ilse und Karl Markus und Emil Rizek; Ausstellung des Mal- und Zeichenkurses der Volkshochschule Brigittenau, Leiter: Akademischer Maler Emil Rizel; Ausstellung des Kinderzeichenkurses der Volkshochschule Brigittenau; Ausstellung des Heimatmuseums.) Sitzungssaal des Amtshauses, 20, Brigittaplatz 10/I.

21. Bezirk:

Ausstellung des Malers Aschenbrenner. Floridsdorfer Heimatmuseum, 21, Prager Straße 33.

26. Bezirk:

Ausstellung "Verein "Heimischer Künstler" in Klosterneuburg. Marmorsaal des Chorherrenstiftes Klosterneuburg.

Freisprechungsfeier im Städtischen Lehrlingsheim
=====

18. Juni (RK) Im Städtischen Lehrlingsheim "Am Augarten" fand Mittwoch abend eine Feier anlässlich der Freisprechung von 24 Lehrlingen aus Wiener städtischen Lehrlingsheimen statt. Unter den 17 Buben und 7 Mädeln, die nun zum Gesellen "avanciert" sind, befinden sich Schneider, Dachdecker, Schlosser, Feinmechaniker, Tapezierer, Friseure, Tischler, Spengler und Zimmerleute. Erfreulicherweise haben alle Arbeitsplätze gefunden.

An der Feier, die durch den Chor des Lehrmädchenheimes Nußdorf und den Chor des Lehrlingsheimes Leopoldstadt sowie einer Polizeimusikkapelle verschönt wurde, nahm auch Vizebürgermeister Weinberger teil. Er sagte in einer herzlichen Ansprache an die versammelten Buben und Mädeln, daß er selbst aus einer Arbeiterfamilie stamme und daher mit ihrem Schicksal von Jugend auf eng verbunden sei. Er kenne die Beschwerden der Lehrzeit, er wisse aber auch, wie wichtig es ist, wenn man etwas Ordentliches lernt. Der Handwerker wird immer gebraucht, zu allen Zeiten und unter allen Systemen. Es ist daher gut, wenn in den städtischen Lehrlingsheimen recht viele ein ordentliches Handwerk erlernen. Der Vizebürgermeister wünschte den Lehrlingen für ihr weiteres Leben, daß sie, die sie aus schwierigen familiären Verhältnissen kommen, in eine gute Familie hineinwachsen. "Ihr habt jetzt eine kleine Prüfung bestanden. Die andere Prüfung ist viel schwerer und dauert das ganze Leben: ein ordentlicher Mensch zu sein. Es kommt auf Euch selbst an, wie Euer künftiges Schicksal aussehen wird. Dafür wünsche ich Euch alles Gute und hoffe, daß Ihr gute Österreicher und gute Wiener bleibt".

Hierauf überreichte Vizebürgermeister Weinberger den Lehrlingen zum Andenken ein hübsches Stammbuch. Die Leitung der städtischen Lehrlingsheime stellte sich mit einem großen Gugelhupf als Abschiedsgeschenk und einem festlichen Abendessen ein.

Vizebürgermeister Weinberger als Firmpate städtischer Lehrlinge
=====

18. Juni (RK) Gestern nachmittag wurden 28 Burschen und 14 Mädchen aus Wiener städtischen Lehrlingsheimen von Vizebürgermeister Weinberger und seiner Gattin zur Firmung geführt. Der feierlichen Handlung wohnte Stadtrat Dkfm. Nathschläger bei. Erzbischof Koadjutor Dr. Jachym nahm die Firmung in der Nußdorfer Pfarrkirche vor. Nachher wurden die Firmlinge mit städtischen Autobussen auf den Kahlenberg geführt, wo sie ein festliches Abendessen erwartete.

Zirkus Krone beim Kinderblumenkorso
=====

18. Juni (RK) Wie der Verband der Prater-Unternehmer mitteilt, wird bei dem Kinderblumenkorso am "Tag der Blume", Samstag, den 19. Juni, der Zirkus Krone mitwirken. Der Zirkus hat sich bereit erklärt, mit Tiergruppen den Korso zu eröffnen.

Bekanntlich werden beim Kinderblumenkorso die schönsten Fahrzeuge und Kindergruppen prämiert. Am Abend geht es im Prater um die Wahl der Blumenkönigin, die als Geschenk des Verbandes der Prater-Unternehmer "Das goldene Riesenrad" entgegennehmen kann.

Ausgabe von Rindfleischkonserven
=====

18. Juni (RK) Wie bereits angekündigt wurde, werden in den nächsten Tagen, teilweise voraussichtlich schon zum Wochenende, Fleischkonserven heimischer Erzeugung ausgegeben. Insgesamt sollen in Wien vorerst 300.000 Fleischkonserven verkauft werden. Es handelt sich um Rindfleischkonserven im eigenen Saft mit 85 dkg Nettoinhalt. Der Verbraucherpreis beträgt 12 Schilling je Dose.

Vom 30. Juni bis 30. August:

Wieder Konzerte im Arkadenhof
=====

1.100.000 Schilling Förderungsbeiträge aus dem Kulturgroschen

18. Juni (RK) Auf Antrag von Stadtrat Mandl genehmigte die Wiener Landesregierung 350.000 Schilling aus dem Kulturgroschen für die Durchführung von 18 Serenadenkonzerten im Arkadenhof und 72 Konzerten in Wiener Parkanlagen, die in der Zeit vom 30. Juni bis 30. August abgehalten werden.

Die in den beiden letzten Jahren so erfolgreich durchgeführten und vom in- und ausländischen Publikum dankbar begrüßten Serenadenkonzerte im Arkadenhof, die sich bereits zu einer überaus beliebten Einrichtung entwickelt haben, werden also auch heuer die "tote Konzertsaison" überbrücken helfen. Die Konzerte sollen jeweils Mittwoch und Samstag, bei Schlechtwetter Donnerstag und Sonntag, durchgeführt werden. Der Eintrittspreis beträgt wie im Vorjahr einheitlich nur 5 Schilling. Diesmal werden die Serenaden die Wiener Symphoniker, das Wiener Funkorchester und der Neue Wiener Konzertverein, sowie das Kammerorchester der Wiener Konzerthausgesellschaft und das Kammerorchester der Wiener Symphoniker bestreiten. Premiere ist Mittwoch, den 30. Juni, mit den Wiener Symphonikern.

Als Dirigenten der Wiener Symphoniker sind Prof. Hans Swarowsky, Leopold Emmer, Franz Litschauer, Georg Singer, Dr. Wilhelm Schönherr und Eduard Strauß vorgesehen. Das Kammerorchester der Wiener Konzerthausgesellschaft sollen Robert Schollum und Kurt Rapf leiten, das Wiener Funkorchester werden Karl Etti, Kurt Richter und Manfred Wilfort dirigieren. Der Neue Wiener Konzertverein soll unter der Leitung von Etti Zimmer, Eduard Strauß, Hans Antolitsch, Milo Wawak und Gottfried Preinfalk stehen.

Neben den Serenadenkonzerten werden wieder Konzerte des Neuen Wiener Konzertvereins im oberen Belvederegarten jeweils am Montag, bei Schlechtwetter Dienstag, durchgeführt. Diese Veranstaltungen sind wie auch die Konzerte in den Parkanlagen frei zugänglich.

Für die Parkkonzerte wurden die städtischen Musikkapellen

und die Polizeimusik Wien verpflichtet. Vorgesehen sind: Reumannplatz, Herderpark, Ahornhof Am Wienerberg, Märzpark, Kongreßpark, Mortarapark und Wasserpark.

Weitere Förderungsbeiträge

Außerdem genehmigte die Wiener Landesregierung Förderungsbeiträge an die Wiener Privattheater, die Konzerthausgesellschaft, die Gesellschaft der Musikfreunde, die Biologische Station Wilhelminenberg, den Österreichischen PEN-Club, die Österreichische Länderbühne, das Österreichische Volksliedwerk und die Gesellschaft für zeitgenössische Graphik.

Die "Josefstadt", das Volkstheater und das Raimundtheater erhalten je 150.000 Schilling, die zur Überbrückung für die Sommermonate dienen sollen. Die Gesellschaft der Musikfreunde und die Wiener Konzerthausgesellschaft erhalten zur Durchführung ihrer Wiederholungskonzerte, bzw. zur Wiederholung der Jugendkonzerte Förderungsbeiträge in der Höhe von 150.000 und 100.000 Schilling. Für die Durchführung ihrer wissenschaftlichen Forschungsarbeiten bekommt die Biologische Station Wilhelminenberg 30.000 Schilling. Dem Österreichischen PEN-Club wurde der Förderungsbeitrag von 10.000 Schilling für die Durchführung von Vorträgen und Dichterlesungen ausländischer Journalisten und Schriftsteller bewilligt. Für die Durchführung von Vorstellungen in den Schulen und Erziehungsheimen der Stadt Wien erhält die Österreichische Länderbühne 6.000 Schilling. Das Österreichische Volksliedwerk wird mit 3.000 Schilling zur Durchführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten bedacht und der Gesellschaft für zeitgenössische Graphik wird für die Herausgabe der Jahresmappe 1954 ein Kostenbeitrag von 1000 Schilling gewährt.

Rathausbeleuchtung am Sonntag

=====

Eduard Strauß dirigiert die Wiener Symphoniker

18. Juni (RK) Am Sonntagabend, dem 20. Juni, wird noch einmal, zum Abschluß der Wiener Festwochen, das Rathaus im Lichterglanz erstrahlen. Nach 22 Tagen wird Wien sein festliches Gewand ablegen. Bevor es sich aber dem Alltag zuwendet, werden sich Wienerinnen und Wiener und die Gäste von auswärts noch einmal zusammenfinden, um sich bei den Klängen echter Wiener Musik des letzten Festwochenabends zu erfreuen.

Von 21 Uhr bis 22.30 Uhr werden vor dem festlich beleuchteten Rathaus die Wiener Symphoniker musizieren. Unter der Leitung von Eduard Strauß werden die schönsten und bekanntesten Werke von Johann, Josef und Eduard Strauß erklingen. Wenn bei den letzten Takten des Donauwalzers die Rathausbeleuchtung erlischt, so wird symbolisch damit der Schlußpunkt unter die Wiener Festwochen 1954 gesetzt sein.

Die große Festwochenausstellung "Unser Wien" wird jedoch noch bis Ende September offen bleiben.

Wohnungen, Gartenanlagen und Kinderspielplätze
=====Bürgermeister Jonas eröffnet Wohnhausanlagen in Meidling,
Grinzing und Klosterneuburg

18. Juni (RK) Bürgermeister Jonas wird heute und morgen in Wien und in Klosterneuburg neue städtische Wohnhausanlagen mit insgesamt 592 Wohnungen eröffnen. Die erste Wohnhauseröffnung findet heute abend um 20.30 Uhr nächst der Philadelphia-brücke statt. Die Gemeinde Wien hat auf einem von der Eibesbrunnergasse, Unter-Meidlinger Straße und Pirkebnergasse begrenzten Grundstück eine große Anlage mit 234 Wohnungen und einigen Geschäftslokalen errichtet. Das beinahe 10.000 Quadratmeter große Grundstück, vor kurzem noch ein häßlicher Anblick, wurde etwa zu einem Drittel verbaut. Zwischen den Wohnhausblöcken gibt es dort, wo einst Schutthalden lagen, schmucke Gartenanlagen mit Spielflächen für die Jugend und mit Ruheplätzen für die Erwachsenen. Den Bewohnern stehen zehn voll elektrifizierte Waschküchen mit Trockenräumen zur Verfügung. Jede Wohnung ist mit einer komplett eingerichteten Brausenische ausgestattet. Der von den Architekten Bayer, F.&W. Majores und F. Wiesmayr entworfene Bau kostete 16,8 Millionen Schilling. Auf der Baustelle und in den Werkstätten wurden rund 540.000 Arbeitsstunden geleistet.

Der zweite städtische Wohnhausbau, der heute abend in Meidling eröffnet wird, befindet sich in der Draschestraße. In dieser Anlage gibt es 91 Wohnungen, vier vollautomatische Waschküchen, Betriebsräume für die Arbeiter der Straßenpflege und eine Transformatorstation. Die Pläne zu diesem Bau, der 6,9 Millionen Schilling kostete, stammen von den Architekten Vosatka und Wiltschnig. Auch hier wurde die Umgebung gärtnerisch ausgestaltet und ein Kinderspielplatz errichtet.

Samstag nachmittag um 16 Uhr wird Bürgermeister Jonas in einer idyllischen Gegend an der Weidlinger Straße in Klosterneuburg drei neue Wohnhausblöcke der Gemeinde Wien mit 51 Wohnungen eröffnen. Den Mietern der neuzeitlich gestalteten Wohnungen stehen 6 Waschküchen, 10 Trockenräume sowie Abstellräume für Fahrrad und Motorräder und Kinderwagen zur Verfügung. Auch hier wurden die unverbauten Grundstückteile, der Landschaft angepaßt, gärtnerisch ausgestaltet. Für die Klosterneuburger Kinder gibt es

hier einen Spielplatz. Den Bau hat Architekt Schüller entworfen. Die Baukosten betragen 4,780.000 Schilling. Mit der künstlerischen Ausschmückung der Wohnhausanlage wurde der Klosterneuburger Bildhauer August Bodenstein beauftragt.

Mit der Eröffnung der großen Wohnhausanlage an der Grinzinger Allee wird Samstag abend dieser Teil von Wien ein Fest besonderer Art erleben. Im Programm des sozialen Wohnungsbaues der Gemeinde Wien wurde auf einem fast zwei Hektar großen Baugelände, auf dem einst mitten in einer verwilderten Gartenanlage eine zerstörte Villa stand, ein beachtliches Werk der modernen Baukunst geschaffen. Die Anlage in Grinzing besteht aus zehn einzelstehenden Objekten mit 20 Stiegehäusern und 216 Wohnungen verschiedener Typen. Der Verbauungsgrad erreicht kaum 24 Prozent, der Rest wurde gartenarchitektonisch ausgestaltet. 32 Wohnungen einer Sondertypen werden von alten befürsorgten Leuten bewohnt. Den Mietern stehen neun maschinelle Waschküchen mit Trockenräumen zur Verfügung. Auch ein Motor- und Fahrradabstellraum wurde eingebaut. Alle Wohnungen, die meisten mit Balkonen versehen, haben komplett eingerichtete Brauseanlagen. Die Baukosten betragen 16 Millionen Schilling. Die Pläne sind ein Werk der Architekten R. Eisler und C.W. Schmidt. Das große Relief aus Mannersdorfer Kalkstein schuf Bildhauer Alfons Loner, einen schönen Brunnen mit Tierfiguren Bildhauer Hubert Wilfan. Die Eröffnungsfeier in Grinzing beginnt am Samstag um 20.30 Uhr.

Erfolge von Studierenden des Konservatoriums der Stadt Wien

=====

18. Juni (RK) Zu den Wettbewerben für junge Künstler, die die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien in dankenswertester Weise veranstaltet hatte, entsandte das Konservatorium der Stadt Wien fünf Studierende. Der Pianist Ferdinand Stichlberger (Vervollkommnungskurs Prof. Raupenstrauch) erhielt einen Ersten, die Sängerin Bertha H. Heije (Klasse Prof. Braun) einen Zweiten und der Cellist Robert Scheiwein der Klasse Litschauer, die drei begabte Cellisten vorgestellt hatte, einen Dritten Preis.

Arbeiten an Wasserleitungs-Hauptrohrsträngen
=====

18. Juni (RK) Wegen unaufschiebbarer Arbeiten an einer Hauptversorgungsleitung wird von Samstag, 19. Juni, 18 Uhr, bis in die Vormittagsstunden des 20. Juni, eine Druckverminderung in den höher gelegenen Gebieten des 13. Bezirkes und des 14. Bezirkes, vor allem im Gebiet des Wolfersberges, eintreten, sodaß auch mit einem fallweisen Ausbleiben des Wassers gerechnet werden muß.

Ferner wird wegen Arbeiten an einem großkalibrigen Rohrstrang von Samstag, 19. Juni, 21 Uhr, bis in die frühen Morgenstunden des 20. Juni fallweise eine Druckverminderung im 1. Bezirk, vor allem im Gebiet nördlich des Burg-, Opern-, Kärntner, Schubert-, Park- und Stubenringes eintreten.

Wiener Landtag
=====

18. Juni (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat heute vormittag der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Von der ÖVP lag ein Antrag auf Abänderung des Kulturpflanzen-Schutzgesetzes vor. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Eine Anfrage des Linksblockes an den Landeshauptmann beschäftigt sich mit der "beabsichtigten Eröffnung eines Spielkasinos auf dem Cobenzl". Der Antrag auf Verlesung und Besprechung wurde dazu gestellt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Wiener Naturschutzgesetz beschlossen

Stadtrat Mandl referierte über den einzigen Punkt der Tagesordnung, über die Gesetzesvorlage über den Schutz und die Pflege der Natur, das sogenannte Naturschutzgesetz. Wie der Referent ausführte, ist es in Übereinstimmung mit den Bemühungen der übrigen Bundesländer, die reichsrechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Naturschutzes durch österreichische Gesetze zu ersetzen, auch für Wien notwendig geworden ein neues Naturschutzgesetz zu erlassen. Ein solches Gesetz wurde zum erstmalig 1924 in Niederösterreich beschlossen. In Wien wurde in den Dreißiger-

jahren an einem solchen Gesetz gearbeitet und von Prof. Tandler wertvolle Anregungen gegeben. Durch die Ereignisse der Jahre 1933 und 1934 konnte das Gesetz nicht in Kraft treten; erst 1935 wurde ein Naturschutzgesetz erlassen, das in seinen Grundzügen auf den seinerzeitigen Anregungen Prof. Tandlers basiert. Mit der Annexion Österreichs im Jahre 1938 wurden die österreichischen Landesgesetze durch das Reichsnaturschutzgesetz abgelöst. Dieses Gesetz gilt in Österreich noch heute, soweit kein neues Landesgesetz erlassen wurde. Bisher haben Niederösterreich, Kärnten und Tirol das Reichsgesetz durch neue Landesgesetze abgelöst.

1947 fand eine Tagung statt, auf der sich die Naturschutzfachleute berieten, wie die einzelnen Landesgesetze möglichst einheitlich gestaltet werden könnten. 1948 kamen die Vertreter der Bundesländer in Kitzbühel zusammen, um einen Entwurf zu beraten. Der nun dem Wiener Landtag vorgelegte Gesetzentwurf stimmt mit dem Musterentwurf im wesentlichen überein. Die Vorlage wurde mit allen interessierten Stellen durchberaten. Man kann wohl sagen, daß das Gesetz nach menschlichen Ermessen alle Möglichkeiten vorausbedacht hat.

Der grundsätzlich neue Gedanke des Naturschutzgesetzes ist die Wahrung des biologischen Gleichgewichtes im Naturhaushalt. Das Gesetz befaßt sich mit dem Naturdenkmalschutz, das ist der Schutz der einzelnen Erscheinungen der Natur, mit dem Schutz des Pflanzen- und Tierreiches, beschäftigt sich ferner mit Naturschutzgebieten und schließlich mit dem Schutz der Landschaft. Das wichtigste an dem neuen Gesetz dürfte der Landschaftsschutz sein. Er soll Gebieten von hervorragender landschaftlicher Schönheit zugutekommen oder Gebieten, die für die Erholung der Bevölkerung und den Fremdenverkehr von Bedeutung sind. Durch das neue Gesetz werden die Parkschutzgebiete und die Flächen des Wald- und Wiesengürtels unter Landschaftsschutz gestellt.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Zweck des Gesetzes ist es, die wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung Wiens mit den natürlichen Gegebenheiten der Landschaft in ein vernünftiges Verhältnis und in Einklang zu bringen, um eine größtmögliche Schonung der Landschaft, der Pflanzen- und der Tierwelt zu erzielen. Es ist heute so wie damals, als Schöffel zum Schutz des Wald- und Wiesengürtels aufrief, höchste Zeit,

um einzugreifen. Die Großstadt frißt sich wie eine Raupe in das Grün des Wiener Waldes hinein. Hinter dem neuen Naturschutzgesetz muß aber der Wille der gesamten Wiener Bevölkerung stehen, dem Wald- und Wiesengürtel Schutz angedeihen zu lassen. Es wird notwendig sein, in Hinkunft auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, um den Wald- und Wiesengürtel zu schützen. Mit dem vorliegenden Gesetz ist jedenfalls die Handhabe dazu gegeben.

Abg. Dipl.Ing. Haider (WdU) wirft die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, den Naturschutz auf Bundesebene zu regeln. Weitere Bedenken erhebt er gegen die vielen Kann-Bestimmungen, wodurch in der Praxis zuviel Zeit vergeht, sodaß die Schutzmaßnahme dann fast nicht mehr dafür steht. Insbesondere verweist der Redner auf die schweren Schäden, die der Lainzer Tiergarten am Ende des ersten Weltkrieges erlitten hat, er bedauert, daß durch die Hochspannungsleitung weitere Schlägerungen erfolgten, und warnt davor, dem Lainzer Tiergarten etwa durch die Autobahn einen neuen Schlag zu versetzen.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes, dem die Unabhängigen selbstverständlich zustimmen, werden ihren Zweck nur erreichen, wenn die Gemeindeverwaltung selbst mit gutem Beispiel vorangeht.

Abg. Dr. Matejka (LBl.) meint, daß mit diesem Gesetz zahlreiche andere Fragen wie die Flächenwidmung, Stadtplanung und wirtschaftliche Interessen zusammenhängen; würden diese aber nicht mitschwingen, würde dieses Gesetz bei aller fortschrittlichen Tendenz nichts anderes als eine Illusion mehr sein. Denn leider ist die Geschichte des Naturschutzes in Österreich eine Geschichte der Illusionen. Trotz aller Bemühungen einzelner Männer und Frauen und ganzer Bewegungen, die sich aber nicht durchsetzen konnten, konnten die Probleme des auf den Menschenschutz aufgebauten Naturschutzes nicht gelöst werden, weil die Profitinteressen, weil die kapitalistischen Interessen, weil die nackten egoistischen Interessen einer Gesellschaftsordnung sich bis zum heutigen Tage dagegengestellt haben.

Die Vernachlässigung des Windschutzgürtels vor Wien aber bedroht Wien mit der Versteppung. Von der Scholle weg wird heute Wind und Staub bis zum Stephansplatz hereingetrieben.

Wohl haben Bauern selbst einen Jungwaldgürtel angelegt, aber es sind oft große Lücken vorhanden, weil man niemanden dazu zwingen kann, ein Stück seines Bodens für diesen Windschutzgürtel zur Verfügung zu stellen. Hier muß Wien vorangehen mit der Forderung, die entsprechendgesetzlichen Möglichkeiten zu schaffen, um scharf einzugreifen.

Leider werden die finanziellen Mittel entweder sehr spät bewilligt oder sie sind in jeder Weise unzulänglich. Aber gerade dieses Gesetz regt uns an, endlich die Zusammenhänge zu erfassen und sozusagen das durch organische Praxis nachzuholen, was bisher anorganisch zerstört worden ist.

In Besprechung einer Schrift des Stadtgartendirektors, der alle diese Probleme darlegt, stellt Redner einige Forderungen auf, so verlangt er, daß für jeden alten Baum, der gefällt werden muß, eine Reihe junger Bäume gepflanzt wird, und daß auch in Schulhöfen und Höfen alter Wohnhäuser Bäume gepflanzt werden.

Das Naturschutzgesetz könnte auch gleich zum Anlaß genommen werden, andere einschlägige Gesetze zu schaffen, so zum Beispiel solche gegen das wilde Siedeln. Auf diesem Gebieten ist leider noch viel zu wenig geschehen. Auch die Schaffung eines entsprechenden Enteignungsgesetzes müsse dringend gefordert werden, denn erst dadurch wäre eine großzügige Planung unserer Stadt möglich, bei der auf die nötigen Grün- und Erholungsflächen Rücksicht genommen werden könnte. Auch die großen privaten Parkbesitze, wie es viele in Hietzing und anderen Cottagevierteln gibt, müßten der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Der Redner bezeichnet es als bedauerlich, daß die Schaffung des Naturschutzgesetzes so lange gedauert hat. Er hoffe jedoch, daß alle anderen Gesetze, die letzten Endes mit dem Naturschutz eine Einheit bilden, in rascherem Tempo zustande kommen.

Abg. Josef Eugen Doppler (WdU, jetzt FSÖ) erklärt, durch die späte Schaffung dieses Gesetzes wären in den vergangenen Jahren viele Unterlassungen und Sünden gemacht worden, die nicht mehr so schnell beseitigt werden können. Das Landschaftsbild ist schließlich die Visitenkarte einer Stadt und eines Landes. Besonders notwendig wäre es in diesem Zusammenhang auch, dem Reklameunwesen an den Straßen am Rande der Stadt Einhalt zu gebieten, da dieses in der Landschaft ungeheuer störend wirkt.

Es müßten auch die Landstraßen mit Bäumen bepflanzt werden. Die Ziegelteiche geben gleichfalls kein schönes Bild ab, wenn sie auch eine gewisse Aufgabe zu erfüllen haben. Man dürfe sie jedoch nicht, wie es leider jetzt der Fall ist, um sie zu beseitigen, als Müllablagerungsstätte verwenden. Es hätten vielmehr um sie Bäume gepflanzt und Badeplätze geschaffen werden können. Sie hätten so der Erholung der Bewohner der benachbarten Bezirke dienen können. Besonderes Augenmerk müßte auch der Erhaltung der letzten Reste der Aulandschaft an der Alten Donau und in der Lobau zugewendet werden. Auch die Uferbepflanzung, so zum Beispiel beim Liesingbach wurde bis jetzt unterlassen. Hier wäre gleichfalls dringend Abhilfe zu schaffen. Der Redner stellt einen Antrag, in dem er den Bürgermeister auffordert, die Initiative zu ergreifen und im Einklang mit den Touristenvereinen einen Naturschutzdienst, ähnlich der Bergwacht, zu schaffen. Das beste Naturschutzgesetz könne nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn breite Kreise der Bevölkerung mittun. Es müßten jedoch auch strenge Vorschriften geschaffen werden, damit die Einhaltung dieses Gesetzes gesichert wird.

Abg. Marek (SPÖ) sagte, die bisherige Debatte habe ein erfreuliches Ergebnis gezeigt, daß sich alle Redner vorbehaltlos für die Notwendigkeit des Natur- und Landschaftsschutzes ausgesprochen haben. In den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts wurde der Donaustrom reguliert - eine technische Großtat. Aber jeder Eingriff, den der Mensch in den weissen Haushalt der Natur vornimmt, schädigt nicht nur die Natur, sondern die Menschheit selbst. Gewiß, wir haben die Überschwemmungsbedrohung für Wien und für 500 Gemeinden gebannt, aber der Grundwasserspiegel des Marchfeldes ist gesunken, die Produktion der Land- und Forstwirtschaft um 50 Prozent gefallen. Wir müssen uns heute damit auseinandersetzen, wie eine Bewässerung des Marchfeldes bewerkstelligt werden kann.

Das Gesetz, das zur Beschlußfassung vorliegt, unterscheidet sich von dem 1935 beschlossenen dadurch, daß zum erstenmal der Begriff Naturschutz definiert wird. Das neue Gesetz sieht auch die Erhaltungspflicht des Eigentümers vor; ebenso ist die Schaffung eines Beirates neu und die Möglichkeit der Bestellung ehrenamtlicher Organe des Naturschutzes. Das Gesetz muß jedoch von dem Willen des ganzen Volkes getragen werden, dann wird es

ein gutes Gesetz sein.

Der Redner ersuchte bei dieser Gelegenheit, keine Sonderbewilligung für das gewerbsmäßige Sammeln zu erteilen. Ebenso sollen auch keine Bewilligungen für den Vogelfang gegeben werden. Abg. Marek begrüßt ferner, daß die Einbringung von landfremden Tieren und ortsfremden Pflanzen an eine Bewilligung gebunden ist. Ebenso ist erfreulich, daß häßliche Reklametafeln entfernt werden können. Er hoffe, daß der Magistrat diesen Paragraph des Gesetzes in seiner ganzen Schärfe anwendet, auch wenn kommerzielle Interessen dadurch beeinträchtigt werden. Er gibt weiter die Anregung, einen Konsulenten für Naturschutz in den Fachbeirat für Stadtplanung aufzunehmen. Der Lainzer Tiergarten darf nicht mehr weiter verkleinert werden, ebenso muß auch die Lobau geschützt werden, der Prater und die Alte Donau. Hier ist es hoch an der Zeit, endlich eine offene, strömende Verbindung mit dem Donaustrom herzustellen. Selbst in der Großstadt Wien ist ein Achtel der Gesamtfläche mit Wald bedeckt. Den Wiener Wald zu erhalten, ist auch eine der wichtigsten Aufgaben. Die Stadt Wien hat dazu das ihre beigetragen. 1953 wurden auf 50 Hektar Grund mehr als 500.000 junge Bäume gepflanzt. Ein neuer Wald- und Wiesengürtel reicht vom Laaer Berg über die Per Albin Hansson-Siedlung von Laxenburg bis Guntramsdorf. Allerdings ist es nicht zu vermeiden, daß in der Stadt, um Verkehrsprobleme zu lösen, hie und da ein Baum gefällt wird. Man dürfe daraus jedoch keine politischen Schlußfolgerungen ziehen. In Wien ist auf dem Gebiet des Forstwesens und des Gartenwesens unerhört viel geschehen.

Abg. Marek verlangt ferner, die Erziehung zur Naturliebe schon bei der Jugend zu beginnen. Man solle die Pflege des Naturschutzes in den Lehrplan der Wiener Schulen aufnehmen. Bei den Erwachsenen soll der bestraft werden, der aus Denkfaulheit oder Dummheit die Natur schädigt.

Abg. Marek schloß seine Rede mit Worten Prof. Tandlers: "Jenseits des Alltags beginnt erst das Feiertagsleben des Menschen, das wir errungen haben im jahrzehntelangen Kampf um den Achtstundentag. Erst er hat der arbeitenden Menschheit die Möglichkeit gegeben, ihre Natursehnsucht und ihren kulturellen Willen zu erfüllen. (Beifall bei der SPÖ.)"

Abg. Schwaiger (ÖVP) erinnert daran, daß bereits vor zirka 50 Jahren der Wiener Gemeinderat über Antrag des damaligen Bürgermeisters Dr. Karl Lueger die Schaffung des Wiener Wald- und Wiesengürtels beschlossen hat und erst dieser Beschluß der Stadt die Möglichkeit gegeben hat, heute ein Naturschutzgesetz zu beschließen. So ist es Pflicht des Landtages, namens der Wiener Bevölkerung dem großen Bürgermeister Dr. Karl Lueger für die Schaffung des Wald- und Wiesengürtels den herzlichsten Dank auszusprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Leider war die Gesetzgebung sehr zögernd, und wir wissen, daß es in diesen Fragen immer einen Kampf zwischen den Erfordernissen und Wünschen der Baudirektion und den Wünschen jener Stellen gibt, die sich mit dem Naturschutz beschäftigen. Es mag auf diesen Kampf zurückzuführen sein, daß die Vorlage dieses Gesetzes so lang gedauert hat. Trotz aller Beteuerungen mußten diese Stellen vor den Wünschen der Baudirektion zurückziehen, wie zum Beispiel bei der Verbauung des Modenaparkes oder beim Theresienbad. Die meisten Bestimmungen sind denn auch dehnbare Kann-Bestimmungen, man versucht immer wieder, die Möglichkeit zu geben, diesem Naturschutzgesetz doch irgendwie zu entweichen und die Wünsche der Baudirektion durchzusetzen.

Wir müssen auch mit Bedauern feststellen, daß im Budget 1954 ganze 10.000 Schilling für den Naturschutz eingesetzt sind und die Gemeinde ganze 1000 Schilling dem Naturschutzbund als Subvention für 1954 gegeben hat. Der Naturschutz erfordert vielfach sehr große Mittel, und die Gemeinde sollte allen jenen Stellen, die sich ehrenamtlich bemühen, möglichst stark durch Subventionen unter die Arme greifen.

Für die Aufforstungen wurde heuer noch ein größerer Betrag freigegeben. Diese Beträge sollen aber auch widmungsgemäß verwendet werden, und wir warten gespannt auf den Bericht des Kontrollamtes, der sich mit den Aufforstungen innerhalb eines Parteiheimes der Sozialistischen Partei am Wilhelminenberg in Ottakring befaßt, wo nach unserer Überzeugung die Gelder nicht zweckentsprechend verwendet wurden.

Stadtrat Mandl (SPÖ) tritt in seinem Schlußwort der Ansicht entgegen, als hätte ein Kampf mit der Baudirektion die Gesetzgebung verzögert. Es war vielmehr notwendig, Übereinstimmung zwischen den einzelnen Ländern und mit dem Bundesverfassungs-

dienst zu erzielen. Von der Kann-Bestimmung bis zum Muß der Ent-eignung sind alle Möglichkeiten offen, und diese werden auch ge-nutzt werden. Es muß aber auch gelingen, der Wiener Bevölkerung klar zu machen, daß wir immer im Interesse der Allgemeinheit über den Interessen des Einzelnen oder einer kleinen Gruppe stehen müssen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf einstimmig ange-nommen.

Hierauf begründet Abg. Dr. Soswinski (LBl.) die Dringlich-keit seiner Anfrage an den Landeshauptmann, betreffend "beabsich-tigte Eröffnung eines Spielkasinos auf dem Cobenzl". Es sei wohl jedem anständigen Menschen in dieser Stadt klar, daß wir unsere Aufgaben nicht darin sehen dürfen, für jene, die ihr Geld durch Raub und Diebstahl erworben haben, eine Spielhölle zu schaffen, wo sie ihr Geld wieder anbringen können. Es gibt in dieser Stadt zweifellos keinen Arbeiter und Angestellten, keinen Handwerker und anständigen Gewerbetreibenden, der so viel Geld verdient, daß er es im Spielkasino los werden muß. Selbstverständlich lehnt jeder anständige Mensch nicht nur die Errichtung einer Spielhölle ab, sondern er weist auch mit Empörung zurück, daß 15 Millionen Steuergelder dafür verwendet werden sollen. Der Landeshauptmann, der vor Errichtung um seine Meinung gefragt werden muß, hat daher die Aufgabe, eine solche Äußerung in nega-tivem Sinne abzugeben, und er hat die Pflicht, den Cobenzl für solche Zwecke nicht zur Verfügung zu stellen.

Bei der Abstimmung wird der Anfrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Präsident Mühlhauser schließt hierauf die Landtagssitzung.

340 Ehejubilare im Rathaus

=====

18. Juni (RK) Zum Fest der Ehejubilare, die anlässlich ihres Goldenen oder Diamantenen Hochzeitsfestes von Bürgermei-ster Jonas in das Wiener Rathaus eingeladen wurden, sind heute nachmittag ein Diamantenes und 48 Goldene Hochzeitspaare aus dem Bezirken 17 bis 22 im Stadtsenats-Sitzungssaal erschienen. Es war die dritte und letzte Ehrung von alten Wiener Ehepaaren, die von der Wiener Stadtverwaltung in diesem Frühjahr durchge-

führt wurden. An drei Nachmittagen in dieser Woche versammelten sich im Wiener Rathaus 6 Diamantene und 164 Goldene Hochzeitspaare. Bürgermeister Jonas überbrachte den Jubilaren im Beisein der beiden Vizebürgermeister Honay und Weinberger, der Amtsführenden Stadträte Afritsch, Bauer, Koci, Lakowitsch und Sigmund, der Bezirksvorsteher und des Magistratsdirektors die Glückwünsche der Wiener Stadtverwaltung.

Neue Preise für die Wahl der Blumenkönigin

=====

18. Juni (RK) Bekanntlich wird morgen abend im Prater die Blumenkönigin gewählt. Sie erhält als Geschenk des Verbandes der Prater-Unternehmer "Das Goldene Riesenrad". Soeben er sucht uns der Verband, auch noch mitzuteilen, daß er vom Wien-Bazar-Hernals Gutscheine im Gesamtwert von 1.450 Schilling erhalten hat, die bei der Wahl der Blumenkönigin verteilt werden. Es handelt sich um einen Gutschein zu 1.000 Schilling, 5 Gutscheine zu 40 Schilling und 10 Gutscheine zu 25 Schilling.

Karl Rösner zum Gedenken

=====

18. Juni (RK) Auf den 19. Juni fällt der 150. Geburtstag des Wiener Architekten, Architekturmalers und Kunstgewerblers Karl Rösner.

Nach Beendigung seiner Studien verbrachte er einige Jahre in Rom und wurde Professor, später provisorischer Präsident der Kunstakademie seiner Vaterstadt. Sein bekanntester Wiener Bau ist die Johann Nepomuk-Kirche in der Praterstraße. Von seinen unausgeführten Entwürfen verdient das Projekt für den Ausbau des Stiftes Klosterneuburg Erwähnung. Auch Gemälde und kunsthandwerkliche Arbeiten sind von ihm erhalten. Rösner starb am 13. Juli 1869.

Wiener Gemeinderat
=====

18. Juni (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an die Sitzung des Landtages zusammen. An Anfragen lagen vor: Von GR. Josef Eugen Doppler (WdU jetzt FSÖ) drei, von der WdU 16, vom Linksblock zwei und von der ÖVP zwei Anfragen.

Ein Antrag von GR. Josef Eugen Doppler (WdU jetzt FSÖ) betrifft "die gleichmäßige und unparteiische Behandlung sämtlicher in Sitzungen des Gemeinderates eingebrachten Anfragen und Anträge in der "Rathaus-Korrespondenz" und im "Amtsblatt der Stadt Wien"; ein anderer "die Gründung eines freiwilligen Naturschutzdienstes", ein weiterer Antrag "die Einführung eines Fließverkehrs (Schnellzugsverkehrs) auf sämtlichen in die Wiener Ausflugsgebiete und zu den Sommerbädern führenden Linien der städtischen Verkehrsbetriebe", und ein letzter Antrag "die bessere Ausstattung der städtischen Verkehrsmittel mit Gepäckträgern und Haltegriffen". Die Anträge der ÖVP betreffen "die im Zuge der NS-Gesetzgebung und des Beamtenüberleitungsgesetzes erfolgten Entlassungen, Kündigungen, Pensionierungen und Dienstzeitanrechnungen", "die Abänderung des seinerzeitigen Gemeinderatsbeschlusses vom 25. März 1948, wonach die Senkung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 300 Prozent auf 270 Prozent verlangt wird", "die Erhöhung der derzeitigen Subvention an verschiedene kulturelle Organisationen in Wien", "die Erhöhung der derzeitigen außerordentlichen Zuwendungen an notleidende Künstler (Ehrenpensionen)". Die Anträge der WdU beschäftigen sich mit "der sofortigen Instandsetzung des Volksoperngebäudes", "der Auflassung des Wohnungsamtes", "der Wiedereinführung der früheren Fahrpreisbegünstigungen für alle Gemeindebediensteten des Aktiv- und Ruhestandes auf den städtischen Verkehrsmitteln", dem Betrieb wichtiger Werktaglinien des Straßenbahn-, Autobus- und Obusverkehrs auch an Sonn- und Feiertagen", "der Einführung einheitlicher Fahrscheine für alle öffentlichen Verkehrsmittel der Gemeinde", "der radikalen Verringerung der Zahl der städtischen Dienstkraftwagen", "der Verbesserung der Beleuchtung der Einfahrtstraßen nach Wien", "dem Ersatz der veralteten, unhygienischen und unästhetischen öffentlichen Bedürfnisanstalten durch

moderne unterirdische Anlagen", "der Anlage und Erhaltung markierter Spazier- und Wanderwege im Wiener Stadtgebiet durch die Gemeindeverwaltung", "der Zuteilung entsprechender Wohnungen in den Gemeindebauten auch an Volksdeutsche". Anträge des Linksblockes betreffend "Rückgliederung von Randgemeinden an Niederösterreich", "Maßnahmen für eine wirksame Schädlingsbekämpfung in der Lobau", "die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Motorräder in städtischen Wohnhausanlagen" und "die Rückgabe der Alpenvereinshütten an den Deutschen Alpenverein".

Von der SPÖ lag ferner ein Antrag über die Fortführung der geplanten Autobahn innerhalb des Gemeindegebietes von Wien und die Festlegung der Strecke innerhalb der Stadt vor. Für diesen Antrag wurde die Verlesung verlangt, die am Schluß der öffentlichen Sitzung vorgenommen werden wird.

Eine Anfrage der ÖVP betrifft die Errichtung weiterer Gesundheitsuntersuchungsstellen. Auch hier wird die Verlesung verlangt. Vizebürgermeister Weinberger hatte sich bereit erklärt, die Anfrage sofort zu beantworten. Verlesung und Beantwortung werden am Schluß der öffentlichen Sitzung vorgenommen.

Für einen Antrag des Linksblockes betreffend "Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung in Wien" und betreffend "die Errichtung von Lehrwerkstätten bei den städtischen Unternehmungen und Betrieben und verstärkte Lehrlingseinstellung" wurde die dringliche Behandlung verlangt. Darüber wird gleichfalls vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referiert sodann über die Errichtung von drei Autobuslinien, die bereits im Betrieb sind, jedoch nachträglich genehmigt werden müssen. Die Einführung der Nachtautobuslinie J zwischen Stephansplatz und Ottakring entspricht einem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung. Sie verkehrt jedoch nur in den Nächten von Samstag auf Sonntag, und zwar in Intervallen von 20 bis 30 Minuten.

Die Autobuslinie 32 verkehrt zwischen Liesing und Vösendorf. Die Einführung dieser Linie wurde durch die Einstellung des Kraftwagendienstes der Bundesbahnen auf dieser Strecke notwendig. Wegen des bestehenden Wagenmangels kann die Linie jedoch nur bis Vösendorf und nicht wie der Kraftwagendienst der Bundesbahn bis Hennerdorf geführt werden.

Die Verbindung zwischen Groß-Jedlersdorf und Gerasdorf

wurde bis zum 31. Mai von einer privaten Autobusfirma hergestellt, deren Konzession zu diesem Zeitpunkt abgelaufen ist. Aus diesem Grunde wurde die Autobuslinie 18 eingeführt. Die gesamte Betriebslänge beträgt 6 Kilometer.

GR. Josef Eugen Doppler (WdU, jetzt FSÖ) bezeichnet die Einrichtung dieser Linien als begrüßenswerte Verkehrserleichterungen, die dringend notwendig und schon lange fällig waren. Bedauerlich sei jedoch, daß die Nachtautobuslinie J nur in den Nächten von Samstag auf Sonntag betrieben werde. Eine Großstadt wie Wien müßte über einen ständigen Nachtautobusverkehr verfügen. Wenn schon nicht anders, dann wenigstens in den Sommermonaten und während der Festwochen. Außerdem wären die Tarife viel zu hoch, sodaß die große Masse der Bevölkerung nicht in ausreichendem Maße vom Nachtautobusverkehr Gebrauch macht. Der Redner regt auch an, bei den Autobus-Haltestellen die Verkehrszeiten der jeweiligen Linie und die Intervalle anzuführen, es wäre dies eine bedeutende Erleichterung, die der Bevölkerung unnötiges Warten ersparen würde. Die Verkehrsbetriebe würden bei einer Senkung der zu hohen Tarife bestimmt keinen Schaden erleiden, da mehr Leute fahren würden.

Zu den beiden anderen neu eingerichteten Linien, stellt GR. Doppler fest, daß die Preise für die Wochenkarten viel zu hoch wären. Die Leute, die weit draußen wohnen und in Wien arbeiten oder umgekehrt, dürften nicht durch die hohen Autobuspreise eine so große zusätzliche Belastung gegenüber den anderen erfahren.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) verweist auf die dringende Notwendigkeit der Einführung einer Autobuslinie von Liesing und Atzgersdorf nach Mauer. Der Redner stellt den Antrag, daß die Wochenkartenpreise der ersten Teilstrecke der Linie 18 und auch der Linie 32, die mit 5 Schilling festgesetzt wurden, also gegenüber den weiteren Strecken nicht die gleiche prozentuelle Ermäßigung erfahren, mit 3.60 Schilling festgesetzt werden. Auch die Intervalle in der Frühe müßten verkürzt werden. Bedauerlich sei, daß die Linie 18 nur bis Gerasdorf und nicht bis Kapellerfeld betrieben wird, hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden.

GR. Helene Stürzer (ÖVP) begrüßt besonders die Errichtung der Autobuslinie Liesing-Vösendorf. Sie dankt Stadt- und Dkfm.

Nathschläger im Namen der Bevölkerung dieses Bezirkes dafür, daß er sich so bemüht hat, die Übernahme dieser Linie durch die Gemeinde Wien zu ermöglichen. Sie hofft, daß bald auch der Wunsch der Bevölkerung nach einer Verlängerung der Linie bis Mauer in Erfüllung geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Einführung der drei neuen Linien bei sämtlichen Rednern begrüßt wurde. Was den durchgehenden Nachtautobusverkehr betrifft, so wurde der Versuch in diesem Winter gemacht. Leider hat man dabei festgestellt, daß die Linien nicht die entsprechende Frequenz aufgewiesen haben, so daß der durchgehende Betrieb wieder eingestellt werden mußte. Die Verkehrsbetriebe haben sich aber vorgenommen, den durchgehenden Nachtautobusverkehr vom Beginn der Herbstmesse bis zu nächsten Frühjahrsmesse durchzuführen.

Zu den Kritiken über die Tarife teilt der Referent mit, daß auf den städtischen Autobussen noch immer ein Tarif von 22 Groschen pro Kilometer berechnet wird, während Post und KÖB ihre Tarife um 28 Prozent erhöht haben.

Wünsche um Linienverlängerungen kommen aus allen Teilen der Stadt. Es muß also genau überlegt werden, welche Linien man verlängern kann. Gerade auf dem Sektor des Autobusbetriebes sind in den letzten Monaten ganz schöne Erfolge erzielt worden. So wurde am 8. März die Linie 18a eröffnet, am 27. Mai die Linie 32, am 29. Mai die Nachtautobuslinie J, am 1. Juni die Linie 18 und am 17. Mai konnte die Linie 6 verlängert werden. Der Stadtrat teilte ferner mit, daß 1937 17 Millionen Fahrgäste mit städtischen Autobussen fuhren, 1953 jedoch bereits 37 Millionen. 1937 gab es 10 Linien und acht Nachtverkehrslinien, 1953 waren es 19 Linien und 7 Nachtlinien. 1937 verfügte der Autobusbetrieb über 146 Wagen, 1945 war kein einziger vorhanden und 1953 waren es 171 Autobusse. Abschließend gab Stadtrat Dkfm. Nathschläger seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Autobus auch in Zukunft eine immer steigende Bedeutung im Großstadtverkehr erlangen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen, die Abänderungsanträge des Linksblockes gegen die Stimmen des Linksblockes und des GR. Doppler (WdU, jetzt FSÖ) abgelehnt.

Vorschuß auf den 13. Monatsbezug der Gemeindebefürsorgten

Über einen Vorschuß auf den zu erwartenden 13. Monatsbezug an die in Dauerfürsorge der Gemeinde Wien stehenden Personen im Juli 1954 berichtet GR. Mistingher (SPÖ). Darnach werden für Alleinstehende und Hauptunterstützte 100 Schilling, für den ersten Mitunterstützten 70 Schilling und für jeden weiteren Mitunterstützten je 50 Schilling ausbezahlt werden. Im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten gibt der Berichterstatter abschließend die Erklärung, daß, wenn die 13. Monatsrente für die Sozialrentner des Bundes zur Auszahlung kommt, für die Befürsorgten der Stadt Wien die Restbeträge flüssig gemacht werden.

GR. Dipl.Ing. Haider (WdU) verweist darauf, daß noch vor dem jetzigen Antrag die Unabhängigen einen Antrag auf Gewährung der 13. Monatsrente an Dauerbefürsorgte eingebracht haben. Die Unabhängigen stimmen dem Antrag zu, aber in der Annahme, daß dieser Vorschuß kein Ersatz für die 13. Monatsrente ist, denn man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß dieser Vorschuß ein Wahlversprechen ist, das dann nach den Wahlen nicht mehr eingehalten wird und man es einfach bei diesem einmaligen Vorschuß bewenden läßt.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) gibt namens der Volkspartei mit Befriedigung die Zustimmung zu diesem Antrag, stellt aber bedauernd fest, daß die seinerzeit von der Volkspartei gegebenen verschiedenen Anregungen, daß auch die Gemeinde Wien für die Dauerbefürsorgten eine 13. Monatsrente flüssig machen möge, abgelehnt wurde. Stadtrat Resch hat diesen Vorschlag einmal mit dem Zwischenruf quittiert: Wir sind nicht für das Lizitieren! Kurze Zeit später wurde ein Antrag von der Sozialistischen Partei gestellt, und der wurde natürlich sofort positiv erledigt. Es muß darauf hingewiesen werden, daß wir die Tatsache, daß im Bund die 13. Monatsrente für die Sozialrentner ausbezahlt werden kann und damit offenbar auch dem Herrn Stadtrat Resch die moralische Unterstützung gegeben wurde, der vernünftigen und erfolgreichen Finanzpolitik unseres Finanzministers Kamitz zu verdanken haben. (Beifall bei der ÖVP.) Wir knüpfen die Forderung daran, daß möglichst rasch darangegangen wird, die ganze 13. Monatsrente unseren Befürsorgten auszuzahlen.

Die Dauerbefürsorgten können sich aber trotzdem über die reine Existenz hinaus nichts leisten, und es ist daher ein

billiges Verlangen, daß ihr Leben etwas besser gestaltet werde und ihre Grundrenten endlich einmal erhöht werden. Es ist bekannt, daß die Zahl der Dauerbefürsorgten immer geringer wird, umso eher also muß es möglich sein, ihr Leben zu verbessern. Die finanziellen Voraussetzungen dafür sind bestimmt gegeben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Lauscher begrüßt namens des Linksblocks den Antrag. Seine Fraktion hätte es aber für richtiger angesehen, wenn die Gemeindeverwaltung wie in der Zeit der Ersten Republik in dieser Frage dem Bund vorangegangen wäre und eine fortschrittliche Rolle gespielt hätte.

Zu der Diskussion um das Primat erklärt er: Wenn jemand in der Öffentlichkeit als erster die Forderung nach einer 13. Monatsrente erhoben hat, dann war es der überparteiliche Zentralverband der Sozialrentner. Das war bereits im Jahre 1951. Wir als Vertreter der Volksopposition haben unsere Pflicht darin gesehen, diese berechtigten Forderungen tatkräftigst zu unterstützen. Darum hat unsere Fraktion am 30. November 1951 im Wiener Gemeinderat erstmalig die 13. Monatsrente, und zwar damals als Weihnachtsunterstützung, beantragt. Unser Antrag wurde immer wieder abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß kein Geld da sei. Seither haben wir nicht weniger als neunmal Anträge und Anfragen deswegen eingebracht. Die entscheidende Ursache, daß die sozialistische Fraktion nun diese Bevorschussung beantragt, ist wohl darin zu suchen, daß diese Forderung von den Befürsorgten immer stürmischer erhoben wurde, und auch die Tatsache, daß im Oktober Wahlen stattfinden, dürfte keine geringe Rolle gespielt haben.

Der Redner kritisiert sodann die Haltung der Sozialisten, die offenbar immer nur dann bereit seien, Anträgen zuzustimmen, wenn sie sie selber eingebracht haben, auch dann, wenn es sich um Anträge handelt, die sie kurz vorher abgelehnt hatten. Ich bin der Auffassung, sagt er, daß das keine verantwortungsvolle Haltung und eine antidemokratische Praxis ist. Die Mehrheit hat bis jetzt auch unsere Anträge auf Erhöhung der Fürsorgeunterstützung abgelehnt. Aber ich sehe den Tag schon kommen, an dem sie selbst einen solchen Antrag einbringen wird.

Wir beglückwünschen die dauerbefürsorgten Rentner zu ihrem Erfolg in dem Kampf um die 13. Rente und rufen ihnen zu, ebenso zäh und hartnäckig den Kampf für eine allgemeine Erhöhung ihrer

Unterstützungen zu führen.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) tritt der Legende entgegen, daß bei der Betreuung der Dauerbefürsorgten Ersparungen erzielt werden. Es ist richtig, daß die Zahl der Dauerbefürsorgten zurückgeht; 1951 waren es durchschnittlich 33.315, 1952 27.495, 1953 23.880 und Ende Mai 1954 20.897. Aber ebenso richtig ist auch, daß die Ausgaben für diese geringere Zahl immer höher wurden: Im Jahre 1952 wurden um 7,951.000 Schilling mehr ausgegeben, 1953 um 1,825.000. Noch deutlicher werden diese Zahlen, wenn man sie auf je tausend Dauerbefürsorgte umrechnet. Im Jahre 1951 entfielen auf je tausend Dauerbefürsorgte 2,097.000, 1952 waren es 2,830.000 und im Jahre 1953 bereits 3,335.000 Schilling. Dabei sind in dieser Summe die zusätzlichen Leistungen nicht enthalten. Ich darf die Mitglieder der Volkspartei daran erinnern, daß die Unterstützungen der Gemeinde Wien im Jahre 1937, als hier eine Diktatur die Verwaltung geführt hat, in der offenen Fürsorge 12 bis 56 Schilling monatlich betragen haben, der Durchschnitt einer monatlichen Unterstützung hat in dieser Zeit sage und schreibe 25 Schilling, für ein Ehepaar also 50 Schilling betragen. Heute beträgt die monatliche Unterstützung mit dem Zuschlag für Miete, einem Heizbeitrag und Haushaltsbeitrag 550 Schilling.

Vizebürgermeister Honay vergleicht sodann die Arbeitslosenunterstützungen mit den Fürsorgeunterstützungen der Gemeinde Wien. So bekommt ein Ehepaar bekanntlich eine monatliche Arbeitslosenunterstützung von 603 Schilling, bei einem Kind 756 Schilling. Die Gemeindeverwaltung gibt einem Dauerunterstützten mit Frau und Kind 770 S (Beifall bei der SPÖ). Wenn der Arbeitslose für zwei Kinder zu sorgen hat, gibt der Bund einschließlich Miete und alle anderen Beihilfen 950 Schilling, die Gemeinde Wien jedoch 990 Schilling. Diese Zahlen werden nur deswegen genannt, um eine gewisse Gegenüberstellung zu ermöglichen. Er habe die Sache mit dem 13. Monatsbezug niemals von einer politischen Warte aus betrachtet. Die sozialistische Fraktion habe schon in der Bundesregierung die Forderung aufgestellt, daß die Bundesrentner die 13. Monatsrente bekommen.

Selbstverständlich müsse das gleiche auch für die Gemeinderentner gelten. Es ist also eine Verdrehung der Tatsachen, daß es ein Verdienst des Finanzministers ist. Es ist ein Erfolg der sozialistischen Fraktion in der Bundesregierung (Beifall bei der SPÖ). Es muß an die sehr schwierigen Verhandlungen, die vorangegangen sind, erinnert werden, die dann dazu geführt haben, daß auch die Volkspartei der Forderung der Sozialisten Rechnung tragen mußte.

GR. Lauscher müsse er entgegnen, daß es die Sozialistische Partei mit der KPÖ im Fordern wird nie aufnehmen können. Die Sozialistische Partei trage hier aber die Verantwortung für die Verwaltung und diese Verantwortung verpflichtet sie dazu, daß das Beschlossene auch durchgeführt und finanziell bedeckt werden kann. Die Gewährung dieses Vorschusses auf den 13. Monatsbezug für die in Dauerfürsorge stehenden Personen kostet die Gemeindeverwaltung rund 2 Millionen Schilling. Der 13. Monatsgehalt würde mehr als das Doppelte betragen. Was die Mehrheit in diesem Hause verspricht, das hält sie auch restlos ein.

GR. Mistingher erklärt im Schlußwort, wenn er in dem gleichen Ton fortfahren würde, den man in der Debatte gewählt hat, dann müßte er wohl auch sagen, daß es zur Zeit Luegers einen Finanzreferenten gegeben hat, der erklärte, man müsse einem Armenrat eine Hundepeitsche geben, damit er die Armen vertreiben kann. Er wolle aber den Debatterednern der anderen Parteien zugute halten, daß ihre außerordentliche Nervosität durch die kommenden Wahlen verursacht werde. Wir wollen nicht untersuchen, wer für die Taten am ersten eingetreten ist, sondern wir wollen diese Taten beschließen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Wiedermann (SPÖ) referiert sodann einen Antrag über die Ausführung eines städtischen Wohnhauses im 3. Bezirk, Fasangasse 24, bzw. Pettenkofengasse 4. Diese Liegenschaft ist auf dem Enteignungswege zu erwerben. Die Entwürfe für diesen Wohnhausbau sind unverzüglich zu erstellen und mit dem Antrag auf Genehmigung des Kostenbetrages dem Gemeinderat vorzulegen. Es handelt sich hier um ein kriegsbeschädigtes Haus, bei dem die eingeleiteten Kaufverhandlungen seitens

der Gemeinde erfolglos blieben. Auch einer Aufforderung, das Grundstück zu verbauen, wurde nicht entsprochen. Um nun eine ordnungsgemäße Verbauung zu ermöglichen, bittet der Referent um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) erklärt, er könne zu dieser Enteignung die Zustimmung seiner Fraktion geben. (Beifall bei der SPÖ). Er wolle damit jedoch nicht bekunden, daß seine Fraktion im allgemeinen für Enteignungen sei, doch gäbe es in diesem Falle keine andere Möglichkeit, da die Besitzerin des Grundstückes sich jenseits des Eisernen Vorhanges aufhält. Sie konnte also weder die notwendigen Vollmachten zu einem Grundverkauf erteilen, noch einen von der Gemeindeverwaltung vorgeschlagenen Grundtausch - derartige Grundtausche waren in früheren Fällen leider nicht vorgesehen - durchführen. Zum Verbauen des Grundstückes fehlte ihr gleichfalls die materielle Möglichkeit. Die Volkspartei trete immer dafür ein, daß möglichst viele in Verbindung mit dem Eigentum kommen, im vorliegenden Falle sei jedoch eine Verbauung des Grundstückes nur auf dem Enteignungswege möglich. Die öffentliche Hand muß es aber auch dem finanzschwachen Bürger ermöglichen, im Eigentum zu bauen. Seine Fraktion sei für ein modernes Baulandbeschaffungsgesetz, aber nur unter der Bedingung, daß es nicht ein Baumonopol der öffentlichen Hand allein vorsieht. Es müsse auch dem kleinsten Bürger die Möglichkeit zum Bauen geben. Daß dieser Bauwille in unserer Stadt vorhanden ist, nur leider nicht in die richtigen Bahnen gelenkt wurde, beweisen die schweren Sorgen, die das wilde Siedeln der Stadtverwaltung bereiten.

GR. Dr. Matejka (LBl) stellt fest, daß die Gemeinde Wien noch viel zu wenig vom Enteignungsgesetz Gebrauch gemacht habe. Der Redner nimmt zu den Ausführungen seines Vorredners Stellung und erklärt, daß zur Zeit Luegers Zinskasernen gebaut wurden, über deren Beseitigung man sich heute den Kopf zerbricht.

Er möchte GR. Prutscher auch in Erinnerung bringen, daß er lediglich vom Spargroschen des kleinen Mannes gesprochen habe, jedoch die vielen Millionäre vergessen habe, die über die nötigen Kapitalien verfügen, ihre Initiative beim Wohnhausbau jedoch nicht bewiesen hätten. An diesen Personenkreis müsse die Volkspartei appellieren. Es gibt in Wien noch viel Grund und Boden, der nicht sozial genützt ist.

GR. Wiedermann gibt in seinem Schlußwort seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Österreichische Volkspartei eine andere Stellung zu dem Enteignungsproblem eingenommen hat. Wenn Dr. Prutscher darauf hinwies, daß dies die erste Enteignung ist, die sich mit Kriegsschäden beschäftigt, muß dies als nicht richtig bezeichnet werden, weil es sich bei Enteignungen bereits einigemale um durch Kriegsereignisse zerstörte Gebäude gehandelt hat. Es muß auch festgestellt werden, daß Grundtausche in allen früheren Enteignungsfällen vorgeschlagen wurden. Im übrigen müsse er feststellen, daß seine Fraktion nicht gegen das Eigentum ist.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neue Erdgasleitung für Gas- und E-Werk

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referierte über die Schaffung einer Erdgasleitung von den Sonden in Fischamend in das Kraftwerk Simmering und in das Gaswerk in Simmering. Die neuen Leitungen sind deshalb notwendig, weil im vergangenen Winter durch das Nachlassen der Erdgasleitung aus Aderklaa Schwierigkeiten aufgetreten sind. Beide Leitungen kosten 6 Millionen, die zu gleichen Teilen von Gaswerk und E-Werk getragen werden.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) begrüßte im Namen seiner Fraktion diese technischen Verbesserungen und stimmte den Anträgen des Referenten zu. Er verlangte jedoch in diesem Zusammenhang, daß die Verbesserungen auch durch Tarifermäßigungen zum Ausdruck kommen. Im besonderen vertrat er die Forderung nach Ermäßigung der Grundgebühren.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger sagte in seinem Schlußwort, daß die Überschüsse bei Gas- und E-Werk dazu dienen, das Defizit

der Verkehrsbetriebe zu decken. Auf diese Weise kommen also die Verbesserungen der gesamten Bevölkerung zugute. Was die Grundgebühr betrifft, so sei sie bei allen Elektrizitätslieferungsunternehmungen in Europa üblich. Dieser Tarif begünstigt den steigenden Stromverbrauch. Für die Kleinabnehmer gibt es jedoch einen eigenen Tarif.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten ein- stimmig angenommen.

Beitrag für die KFA - 4.4 Prozent

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über eine Satzungsänderung der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien. Die Satzungen der KFA sehen einen Beitrag von 3 Prozent der Bezüge vor, der zu gleichen Teilen von der Stadt Wien und den Mitgliedern zu leisten ist. Überdies haben die Mitglieder zwei Zehntelprozent für die Kosten des Wiederaufbaues des Sanatoriums Hera zu leisten. Da mit diesen Beträgen das Auslangen nicht gefunden werden konnte, wird seit 1949 ein höherer Beitrag eingehoben, derzeit zu gleichen Teilen 4.2 Prozent. Trotz dieser Erhöhung hatte die KFA 1952 einen Abgang von 2,1 Millionen, 1953 von 1,8 Millionen, 1954 von 3,4 Millionen Schilling. Der Vorstand der KFA hat daher in der Sitzung vom 1. Juni 1954 beschlossen, ab 1. Juli eine Erhöhung des Grundbeitrages von 3 auf 3.2 Prozent unbefristet und 1.2 Prozent befristet bis 31. Dezember 1956 beim Gemeinderat zu beantragen. Damit würde sich der Beitrag zu gleichen Teilen auf 4.4 Prozent stellen. Die Erhöhung reicht nur zur teilweisen Deckung des Abganges aus. Man hofft jedoch, daß durch die zweite Etappe der Entnivellierung eine Besserung für die Krankenfürsorgeanstalt eintreten wird. Für den Magistrat bedeutet die Neufestsetzung eine Erhöhung von 590.000 Schilling, für die Unternehmungen um 210.000 Schilling, insgesamt also 800.000 Schilling.

GR. Doppler (WdU, jetzt FSÖ) weist darauf hin, daß erst am 21. Mai eine Satzungsänderung der KFA im Gemeinderat beschlossen wurde.

Er wundere sich, daß man zu diesem Zeitpunkt noch nichts von dem Defizit gewußt hat, und die Änderung der Beiträge nicht schon damals vorgenommen wurde. Er sprach in diesem Zusammenhang auch wieder von der Benachteiligung der Gemeindeangestellten gegenüber denen des Bundes. Er müsse die Satzungsänderung solange ablehnen, wenn nicht die Angleichung der Dienstzeit an die Bundesangestellten ernstlich behandelt wird.

GR. Dr. Soswinski (LBl) sagt, wieder einmal hört man das schöne Wort vom Defizit, das dafür hinhalten soll, um den Arbeitern und Angestellten Geld abzunehmen. Er glaubt, daß die Bediensteten die alten Prozentsätze zahlen könnten, wenn man ihre Bezüge erhöht hätte. Wenn die Gemeinde Wien hier mit gutem Beispiel voranginge und der Forderung der Bediensteten nach Vorverlegung der Entnivellierungsetappen Rechnung tragen würde, dann wären nachgewiesenermaßen die Einnahmen bereits jetzt weitaus höher als sie sein werden, wenn die Beitragserhöhung beschlossen wird.

StR. Sigmund sagte in seinem Schlußwort, daß sich den Ausgaben die Einnahmen anzupassen hätten. Die von Dr. Soswinski vertretene Erhöhung durch Vorziehung der Entnivellierung ist kein Problem, das mit der Krankenfürsorgeanstalt zusammenhängt. Ein jeder wisse, daß hier ein gemeinsamer Weg mit dem Bund gegangen werde. Der Referent ersuchte daher um Annahme seines Antrages.

Bei der Abstimmung werden die Anträge gegen die Stimmen des Linksblockes und die des GR. Doppler (WdU, jetzt FSÖ) angenommen.

Autobahn muß in das Zentrum von Wien führen

Nach Erledigung der Tagesordnung wurde der Antrag der sozialistischen Gemeinderäte Dipl. Ing. Witzmann, Fürstenhofer, Dinstl und Genossen verlesen, nach welchem der Gemeinderat folgendes beschließen soll: Die Stadt Wien fordert vom Bund die Fortführung der mit Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 2. Juni 1954 geplanten Autobahn auch innerhalb des Gemeindegebietes von Wien. Der Gemeinderat beauftragt den Magistrat, über die Festlegung der Strecke der Autobahn innerhalb Wiens und über die sich daraus und im Zusammenhang damit ergebenden gesamten Fragen, insbesondere technischer und rechtlicher Natur,

mit den zuständigen Stellen des Bundes in Verhandlung zu treten.

In der Begründung des Antrages heißt es: Nach Zeitungsnachrichten stehen die Verhandlungen der Österreichischen Bundesregierung mit den sowjetischen Behörden in Österreich bezüglich der Benützung der bisher unter dem Titel Deutsches Eigentum von diesen beanspruchten Autobahntrasse in Niederösterreich günstig.

Es ist daher zu erwarten, daß der Autobahnbau auch in Niederösterreich in absehbarer Zeit in Angriff genommen wird.

Verkehrstechnisch wäre es zu großen Störungen kommen, wenn die Autobahn bei der Einfahrt nach Wien beim Auhof plötzlich enden würde. Die schon jetzt überaus stark frequentierten Einfallstraßen in die Stadt (Mariahilfer Straße, Schönbrunner Straße, Sechshauser Straße) würden stark überlastet werden und könnten den zu erwartenden Verkehr nicht aufnehmen.

Schon durch das Bundesstraßengesetz wurde das Land Wien gegenüber allen anderen Bundesländern außerordentlich benachteiligt. Seit 1949 wurden in vier Etappen rund 3.300 km Landesstraßen zu Bundesstraßen erklärt. Nachdem die Autobahn auf Grund eines Bundesgesetzes ebenfalls zur Bundesstraße erklärt worden ist, und es selbstverständlich ist, daß die Autobahn in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg aus Bundesmitteln errichtet wird, darf auch das Land Wien in dieser Hinsicht nicht weiter benachteiligt werden. Es kann auch nicht allein Aufgabe der Gemeinde Wien sein, obwohl sie es in größtem Maße tut, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen; dazu muß auch der Bund, so wie in den anderen Bundesländern seinen Teil beitragen. Deshalb muß die Autobahn bis in das Zentrum der Stadt hineingeführt und zur Bundesstraße erklärt werden. Gleichzeitig müßte die endgültige Projektierung, für welche die Gemeinde Wien schon Vorarbeiten geleistet hat, sofort in Angriff genommen werden.

Der Antrag wurde dem Magistrat zur Behandlung zugewiesen.

Forderung nach mehr Gesundenuntersuchungsstellen

In einer Anfrage der ÖVP-Gemeinderäte Mühlhauser, Holub, Winter und Genossen, betreffend die Errichtung weiterer Gesundenuntersuchungsstellen, führen die Gemeinderäte aus, daß auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des zuständigen Gemeinderatsausschusses, ein Antrag der GR.Dr.Eberle und Genossen auf Errichtung von Untersuchungsstellen in allen Wiener Gemeindebezirken stand, und fragen an, welche Stellungnahme der Ausschuß bezogen hat.

Vizebürgermeister Weinberger verweist zunächst auf die Wichtigkeit der Gesundenuntersuchungsstellen, die nicht allein dazu dienen, eine Krebserkrankung, sondern auch andere Krankheiten rechtzeitig zu erkennen und zu heilen. Wenn man das weiß, könne man die Verzögerung in der Ausgestaltung dieser Gesundenuntersuchungsstellen nur auf das lebhafteste bedauern.

Derzeit bestehen sechs Stellen. Immer, wenn ich den Gemeinderat ersucht habe, weitere Stellen zu schaffen, sind Schwierigkeiten eingetreten und wurde die Ausdehnung dieser so wichtigen Einrichtung behindert. Dabei wurden - ohne daß dazu eine Propaganda betrieben worden wäre -, in der Zeit vom 1. Oktober 1950 bis 31. Mai dieses Jahres, insgesamt 18.906 Personen untersucht; bei 1.250 - das sind 7 Prozent - wurde Karzinomverdacht festgestellt, bei weiteren 10 Prozent, also in 1918 Fällen ist die Vermutung, daß Krebs in absehbarer Zeit auftreten wird, sehr nahegelegen, und bei 9.853 Fällen, also ganzen 50 Prozent, wurden anderweitige Erkrankungen festgestellt. Wenn man bedenkt, daß dadurch 67 Prozent aller Untersuchten praktisch in ärztliche Betreuung kamen, dann bleibt nur die Frage offen: Was wollen Sie noch mehr von diesen Stellen?

Obwohl ein namhafter Vertreter der Sozialistischen Partei in diesem Hause bei Einführung dieser Stellen spontan erklärte, das sei das Ei des Columbus, ist seine Partei leider nicht so spontan dahintergetreten, und man hat immer wieder zumindest die Verzögerung des weiteren Ausbaues zu erreichen versucht.

Da es mir nicht darum ging, daß die Partei ein Verdienst an dieser Sache erhält, habe ich versucht, in persönlichen Gesprächen mit den zuständigen Herren der Stadtverwaltung zu erreichen, daß sieben oder acht neue Stellen vom Gemeinderat bewilligt werden. Leider wurde ich enttäuscht und erhielt diese Zusage nicht. Und leider wurde heute im Ausschuß auch der Antrag auf Behandlung dieses Antrages der Gemeinderäte Dr. Eberle und Genossen abgelehnt und die Vertagung dieser Frage beschlossen.

Ich würde wünschen, daß sich die Gemeinderäte der SPÖ die Überzeugung der großen Mehrheit des Volkes von Wien zu eigen machen. Man könnte doch den Irrtum einbekennen und ruhig erklären: Auf Grund der Ergebnisse und Erfahrungen können wir Ja sagen, heute liegt kein Grund vor, die weitere Ausdehnung dieser Einrichtung zu behindern. Ich beschwöre Sie, das nicht weiter zu verzögern! Es soll doch nicht dazu kommen, daß in einem Wahlkampf darüber entschieden wird, ob der Kampf gegen Krebs weiter fortgesetzt werden soll oder nicht. Der Gemeinderat hat seine Pflicht zu erfüllen und dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung von Wien endlich das bekommt, was sie dringend braucht und immer stürmischer verlangt. Seien Sie doch einsichtig, großzügig und großherzig!

Ich bedaure, daß der heutige Beschluß offenbar eine neue Verzögerung zur Folge hat, hoffe aber sehr, daß wir noch heuer gemeinsam den Beschluß fassen können, gemeinsam gegen den Krebs zu kämpfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Antrag des GR. Dr. Soswinski (LBl.) und Genossen fordert Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung in Wien. GR. Dr. Soswinski stellt in der Begründung des Antrages fest, daß seit Beginn des heurigen Jahres die Preise der verschiedensten Waren gestiegen sind.

So zum Beispiel die Preise der Schulbücher, die Papierpreise, die Fleisch- und Gemüsepreise, ebenso verteuerten sich die Bahntarife, Tabakwaren, Kaffee, Kakao, Bier und vieles andere. Die Arbeiter und Angestellten, die Hausfrauen, die Rentner, sie alle seien auf das tiefste beunruhigt. Die Gemeinde Wien müsse daher alle Möglichkeiten nützen, um einen Stillstand und die Herabsetzung der bereits erhöhten Preise zu erreichen. Anderenfalls müsse sie Lohnerhöhungen, bzw. Rentenerhöhungen vornehmen. Sie müsse dafür sorgen, daß endlich mit dem Export von Vieh Schluß gemacht werde. Dies ginge ganz einfach durch eine Ungültigerklärung aller Lizenzen. Gleichzeitig müsse ein Druck ausgeübt werden, alle möglichen und angebotenen Importe durchzuführen.

Dem Antrag wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Die Gemeinderäte Lauscher (LBl) und Genossen haben einen Antrag betreffend die Errichtung von Lehrwerkstätten bei den städtischen Unternehmungen und Betrieben und verstärkte Lehrlingseinstellung eingebracht. GR. Lauscher weist in der Begründung auf die besorgniserregende Lage der Jugend hin. Diese jungen Menschen brauchen dringend Lehrstellen und Arbeitsplätze. Durch die große Zahl der Jugendlichen, die heuer die Schule verlassen werden, ist mit einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit in nächster Zeit zu rechnen. Hier können nur Taten helfen. Der Redner erklärt, die Gemeinde Wien hätte auf diesem Gebiete bisher keine Vorkehrungen getroffen. Sie hat lediglich beschlossen, allen Jugendlichen, die keine Lehre oder keinen Arbeitsplatz finden können, ein neuntes Schuljahr absolvieren zu lassen. Es gehöre seiner Überzeugung nach zur Pflicht der Gemeinde Wien, sich um die Jugend zu kümmern. Die Gemeinde kann Lehrwerkstätten in den Städtischen Unternehmungen errichten, in den Gas- und E-Werken, in den städtischen Gärtnereien, in der Hauptwerkstätte des Fuhrwerksbetriebes, in den Buchbindereien usw. Die Gemeinde Wien könnte Lehrwerkstätten für verschiedene Berufe schaffen. Auch auf die Berufsausbildung der Mädchen müsse Rücksicht genommen werden. Mit dem Bau der seit zwei Jahren angekündigten Musterlehrwerkstätte auf dem Gelände der bereits bestehenden Lehrwerkstätte im 20. Bezirk wurde bis heute nicht begonnen.

18. Juni 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1088

Zumindest dieses Versprechen sollte eingelöst werden. Es handelt sich hier um eine dringliche Frage, die einer Lösung bedarf.

Dem Antrag wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Er wurde zur weiteren Behandlung dem Magistrate zugewiesen.

15 neue städtische Wohnhausanlagen

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich die Entwürfe und Kosten für 15 neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 1.719 Wohnungen, 24 Geschäftslokalen, einem städtischen Kindergarten und einem Postamt. Die Gesamtkosten betragen 141 Millionen Schilling, davon werden heuer noch 58,7 Millionen Schilling verbaut. Mit den Bauarbeiten wird sofort begonnen werden. Auch der zweite Bauteil der Wiener Stadthalle auf dem Vogelweidplatz wurde beschlossen. Ferner genehmigte der Wiener Gemeinderat mehrere Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, verschiedene Ankäufe und Sachkrediterhöhungen. Ein bedeutender Punkt der Tagesordnung, der ebenfalls ohne Debatte angenommen wurde, ist der Beginn des Bauloses "Ober-Laa" bei der Regulierung des Liesingbaches. Die Kosten dafür betragen 5,5 Millionen Schilling.

Schluß der Sitzung um 18.15 Uhr.

Premiere in Hetzendorf

=====

18. Juni (RK) Heute nachmittag wurde in der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf die Jahresausstellung und gleichzeitig damit eine Sonderausstellung von interessanten Widmungen an die Modesammlungen des Historischen Museums der Stadt Wien eröffnet. Im Anschluß daran fand die Premiere der großen Modeschau der Modeschülerinnen statt, die unter dem Motto "Was trage ich wenn ..." stand. Die Schöpfungen der Schülerinnen fanden den ungeteilten Beifall der Festgäste, unter ihnen Bürgermeister Jonas und Stadtrat Sigmund.

Besonders wirkungsvoll zum Abschluß die Krepppapiermodeschau, bei der ^{die} Schülerinnen der Vorbereitungsklassen unter dem Motto "Was hätte ich getragen ..." **Kostüme von Eva bis zur Gotik** zeigten.

Die Ausstellungen sind täglich von 9.30 bis 17 Uhr geöffnet. Die Modeschauen finden bis 27. Juni täglich um 18.30 Uhr bei schönem Wetter statt. Karten sind in der Modeschule im Schloß Hetzendorf, 12, Hetzendorfer Straße 79, und im Kartenbüro Weihburg, Wien 1, Weihburggasse, erhältlich.